

Stadt soll Strom und Gas nicht absperren

Die Linke-Fraktion will mit einem Antrag im Stadtrat erreichen, dass die Stadt Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützt, die ihre Strom- und Gasrechnung aufgrund der deutlich gestiegenen Preise nicht mehr bezahlen können. So sollen in diesem Winter Strom- und Gasanschlüsse nicht gesperrt werden. Die Stadt soll außerdem einen um 1,20 Euro höheren Anteil an den Heizkosten übernehmen als bislang. Vorallem von Stromsperrern seien viele Menschen betroffen. 2019 waren das demnach 7360 Personen, im vergangenen Jahr 5010 Personen und im laufenden Jahr bis Mitte Oktober 3173 Personen.

„Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland haben eigene Programme aufgelegt mit pauschalen Zahlungen an schutzbedürftige Verbraucher“, sagt Jörg Detjen (Linke). Es sei sehr unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung etwas unternehmen werde. „Deshalb braucht die Stadt Köln ein Handlungskonzept gegen Energiearmut“, so Detjen. Eine Aussetzung von Stromsperrern sei eine kleine kommunale Maßnahme, die wirksam sei. (red)

Aufzüge an Kalker Haltestelle wegen Sanierung gesperrt

Die KVB saniert die Aufzüge der unterirdischen Haltestelle Kalk Kapelle der Stadtbahn-Linien 1 und 9. Die 30 Jahre alten Anlagen müssen nach Angaben des Unternehmens umfangreich erneuert werden. Die Sanierung der beiden Aufzüge erfolgt nacheinander; während der Arbeiten muss der jeweilige Lift komplett außer Betrieb genommen werden. Die Arbeiten starten am Dienstag, 9. November, am Aufzug in Fahrtrichtung Innenstadt. Sie sollen bis 31. Dezember dauern. Anschließend wird vom 10. Januar bis 7. März die Anlage Richtung Bensberg bzw. Königforst gesperrt.

Die KVB empfiehlt Fahrgästen, die auf den Aufzug angewiesen sind, während der Sperrungen auf die Haltestelle Kalk Post auszuweichen. (red)

DER KSTA-PODCAST



Informativ, sachlich, unterhaltend, das ist der Podcast „Stadt mit News für Köln“. In zehn Minuten erhalten Sie von Montag bis Freitag den Überblick aus der Redaktion des „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu den Themen des Tages – auf Spotify, Apple Podcasts und überall, wo es Podcasts gibt. ksta.de/podcast

RADIO KÖLN

... von 6 bis 10 Uhr mit Christian vom Hofe und Pia Pietsch: Noch drei Tage bis zum Elften im Elften. Wir stimmen uns so langsam mit den Hörern auf die Karnevals-Saison ein.

VON DETLEF SCHMALENBERG

„Es muss jetzt endlich was passieren, es wurde schon viel zu viel Zeit verschwendet“, sagt Guido Köhler von der Bürgerinitiative „Zukunft Neumarkt“. Es sei doch längst klar, dass die Innenstadt sonst kippt, dass die Verwahrlosung etwa durch die Trinker- und Drogenszene immer mehr zunehme, ohne dass die Stadtverwaltung entsprechend gegensteuere. „Wie kann es denn beispielsweise sein, dass vor fünf Jahren beschlossen wurde, einen Drogenkonsumraum am Neumarkt einzurichten, und bis heute wurde noch nicht einmal mit den Bauarbeiten begonnen?“, fragt Köhler.

Und dafür, dass auch die Interessens der Anwohner und Geschäftsleute gehört werden, soll zukünftig ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften aus der Innenstadt sorgen. Waren es im September noch elf, haben sich mittlerweile schon 14 Initiativen verbündet.

Von Deutz über die Südstadt, den Neumarkt oder den Alter Markt sowie das Mauritiusviertel und das „Kwartier Latäng“ sind nahezu alle Bereiche der City vertreten. Mit Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten dort leben oder arbeiten. Die sich auskennen mit den Schwierigkeiten vor Ort. „Vernünftige Leute, weit entfernt von Wutbürgern“, wie Innenstadtbürgermeister Andreas Hupke (Grüne) es sagt.

Auf der Agenda des Bündnisses stehen zahlreiche Themen wie die Kölner Stadtplanung oder die so genannten Partypeople, etwa auf der Zulpicher Straße. Obdachlose und Drogenabhängige sind nur ein erster Punkt, bei dem das Bündnis sich einbringen will. Beim dritten Treffen in der vergangenen Woche wurden deshalb noch neun Kölner Sozialverbände wie die Drogenhilfe, die Diakonie Michaelshoven oder das „Kölner Arbeitslosen Zentrum“ (Kalz) eingeladen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

„Einzelnen haben wir bisher meist die Erfahrung gemacht, bei Politik und Stadtverwaltung nicht ausreichend Gehör zu finden“, sagt Köhler, einer der Sprecher des Zusammenschlusses. „Gemeinsam aber sind wir nicht mehr zu überhören“, hofft Burkhard Wennemar, Vorsitzender des „Bürgervereins Kölner Eigelstein“, ein zweiter Sprecher.

Gespräche mit der Stadt

Die Botschaft scheint in der Stadtverwaltung angekommen zu sein. Nachdem der „Kölner Stadt-Anzeiger“ im September über die konstituierende Sitzung des neuen Bündnisses berichtet hat, habe sich Stadtdirektorin Andrea Blome gemeldet, berichtet Wennemar. Gerne würde sie sich den Initiativen einmal vorstellen, über eine gemeinsame Vorgehensweise nachdenken, habe Blome gesagt. „Deshalb haben wir sie beim letzten Treffen noch zusätzlich zu den Sozialverbänden an den Tisch geholt“, so der Bündnissprecher.

Der Termin sei ein Erfolg gewesen. Die Dezernentin habe angeboten, unter ihrer Federführung ein Projekt einzurichten, in dem dann dezernatsübergreifend beispielsweise an dem Thema Verwahrlosung gearbeitet werde. Könnte das nicht ein Versuch sein, das Bündnis zu vereinnahmen? „Nein“, sagt Wennemar; „Wir brauchen Ansprechpartner in der Stadt, damit wir uns nicht im Gewirr der Zuständigkeiten und Behörden



Ein Obdachloser am Eigelstein

„Gemeinsam nicht zu überhören“

Bürgerinitiativen kämpfen gegen die Verwahrlosung der Innenstadt und fordern die Verwaltung auf, neue Ideen auszuprobieren



Guido Köhler (l.) und Burkhard Wennemar

verzetteln und aufreiben.“ Als Ehrenamtler hätten die meisten Beteiligten zudem noch einen Vollzeitjob. „Letztendlich dann die Konzepte zu schreiben und deren Umsetzung zu planen, das müssen dann schon die städtischen Mitarbeitenden machen. Das ist deren Job.“ Das Bündnis wolle dafür die nötigen Impulse und Vorschläge erarbeiten, sagt Guido Köhler.

Keiner soll vertrieben werden

Der vertiefte Kontakt zur Stadtdirektorin soll also dabei helfen, die Stadtverwaltung mit Nachdruck „zum Jagen zu tragen“. So könne man das nicht sagen, sagt Köhler und lacht. „Aus meiner Sicht aber fehlt es, etwa im Sozialdezernat, oft am Willen und der Energie, die Dinge voranzubringen.“ Man müsse Ideen halt auch mal ausprobieren. „Mir stellt sich beispielsweise die Frage, warum ein Obdachloser nicht in einer städtischen Einrichtung übernachten darf, wenn er Alkohol getrunken hat.“

Das sei „doch vollkommen lebensfremd“, so der Bündnissprecher. „Oder warum dürfen Suchtkranke in einem medizinischen überwachten Bereich der Schlafheime keine Drogen konsumieren?“ Und wenn es einiger Änderungen bedürfe, um die Vorschläge auszuprobieren, etwa räumlicher oder personeller Art: „Dann müssen die Dinge zügig angeschaut und entschieden werden – anstatt ständig zu sagen, was alles nicht geht.“

Denn natürlich werde es beispielsweise immer Obdachlose in der Innenstadt geben, ergänzt Burkhard Wennemar. „Die Menschen sollen doch nicht vertrieben werden.“ Die Auswüchse seien es, die es zu verhindern gelte. „Dass keiner mehr seine Notdurft in unseren Hauseingängen verrichtet, dass niemand mehr vollkommen betrunken auf dem Gehweg liegt oder Anwohner angepöbelt werden.“

Sie freue sich über das bürgerschaftliche Engagement, sagt Stadtdirektorin Blome. „Ich habe daher im Namen der Verwaltung alle Akteurinnen und Akteure zu einem moderierten Workshop Anfang 2022 eingeladen, der den Auftakt für eine noch bessere Zusammenarbeit legen wird“, so Blome.

Handydaten werfen Fragen auf

Gericht rekonstruiert die letzten Stunden des Mordopfers

VON HENDRIK PUSCH

Die Dinge seien nicht immer so, wie sie auf den ersten Blick erscheinen, hatte Strafverteidiger Abdou Gabbar zu Beginn eines Mordprozesses etwas nebulös formuliert. Sein Mandant ist angeklagt, dessen Geliebte mit zwei Kopfschüssen in deren Fiat Panda regelrecht hingerichtet zu haben. Die Ermittler stützen sich bei der Anklage auch auf Handydaten – doch die werfen nun Fragen auf.

Es war der Mittag des 18. Dezember 2020, als Spaziergänger an einem Feldweg in der rheinland-pfälzischen Gemeinde Ochtendung eine verbrannte Frauenleiche entdeckt hatten, dort abgelegt in der Nacht. Als die Identität geklärt war, fiel der Verdacht schnell auf den Liebhaber Mehmet B., einen zweifachen Familienvater aus Ossendorf. In seinem Keller stießen die Ermittler auf die Tatwaffe.

Im Auto erschossen

In der Anklage heißt es, Mehmet B. sei bei einer Autofahrt ausgestiegen, habe seine durch das Radio abgelenkte Geliebte durch die Beifahrerseite erschossen und die Leiche mit einem Bekannten weggeschafft. Die Tat müsse sich am 17. Dezember etwa zwischen 20.50 und 21.45 Uhr abgespielt haben. So hatte die Bulgarin am Nachmittag in einem Niehler Hotel noch Pasta gegessen, die der Angeklagte bei einem Lieferdienst besorgt hatte. Bei der Obduktion sollen Nadelreste in ihrem Magen festgestellt worden sein.

Auch soll die Mutter noch gegen 20.05 Uhr mit ihrer Tochter gesprochen haben – über das Handy des Beschuldigten. Vierzig Minuten später soll der Ossendorfer die Mutter dann weggedrückt haben. Die Verteidigung sieht aber Anhaltspunkte, dass es das Opfer selbst war, das das Handy bedient habe. Das lege eine Zeugenaussage nahe, die die Ermittler nicht berücksichtigt hätten.

Angeklagter schweigt

Der Zeuge, ein weiterer Hotelgast, will am mutmaßlichen Tatabend eine Frau beobachtet haben, womöglich das Tatopfer, mutmaßlich habe sie ein Handy bedient. Da der Elektriker nachweislich bis 20.30 Uhr gearbeitet, zunächst sein Hotelzimmer und dann noch einen asiatischen Imbiss aufgesucht haben soll, könnte die Tat sich auch zu einem späteren Zeitpunkt ereignet haben.

Die Handydaten zeigen indes nicht, dass der Angeklagte sich in der Nacht auch in Rheinland-Pfalz befunden habe. „Entweder er hatte das Handy aus, oder er war nicht da“, sagte eine Polizistin vor Gericht zur Funkzellenauswertung.

Verteidiger Gabbar hält offensichtlich auch den Bekanntheit des Angeklagten als Täter für möglich, so sprach der Anwalt im Prozess ein Video aus der Nacht von einer Tankstelle in der Nähe des Leichenfundorts an, das dieser gedreht haben soll. Der Zeuge hatte die Aussage verweigert, doch auch der Angeklagte schweigt bisher. Der Prozess wird fortgesetzt.